

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2013

Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2013

Mit den Fortschritten in der Umsetzung einer gemeinsamen Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM) und der Festlegung über einen künftigen Ablauf bei der Abwicklung von in Not geratenen Banken (Single Resolution Mechanism – SRM) ist die EU der Bankenunion bedeutend näher gekommen. Spanien und Irland haben keinen weiteren Finanzbedarf aus den Hilfsprogrammen der EU; dies und eine bessere Bewertung Griechenlands durch Ratingagenturen sind erste Anzeichen der erfolgreichen Krisenbewältigung. Der Kongress der USA kann sich nicht über ein Notbudget einigen; die Folge ist ein über 2 Wochen dauernder "Government Shut-down". In der Ukraine lösen der Anti-EU-Kurs der Regierung und die wirtschaftliche Zuwendung zu Russland Unruhen aus. – Der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte beträgt in Österreich 18,44 Mrd. €; zusätzlich könnten 5,8 Mrd. € für die in Not geratenen Banken benötigt werden. Der Fiskalrat warnt, dass der bisherige Konsolidierungserfolg für die Erfüllung des mittelfristigen Budgetzieles nicht ausreichen wird. Die neue Bundesregierung hält am Ziel eines nahezu ausgeglichenen Haushaltes bis 2016 fest. Maßnahmen des Koalitionsabkommens werden nur umgesetzt, sofern eine Bedeckung durch das Budget des zuständigen Ressorts zur Verfügung steht. Die Multiband-Auktion erbringt für die öffentlichen Haushalte Einnahmen von über 2 Mrd. €.

Calendar of Economic Events. Fourth Quarter 2013

With the progress achieved in the implementation of a Single Supervisory Mechanism (SSM) and the agreement on a future procedure for a Single Resolution Mechanism (SRM) for distressed banks, the EU has taken an important step towards establishing a Banking Union. Spain and Ireland have declared not to request further financial support from the EU. This, together with an upgrade of Greece by rating agencies, is a first indication of successful crisis management. The US Congress fails to agree on an emergency budget, leading to a "government shut-down" for over two weeks. In Ukraine, the anti-EU course steered by the government and the economic turn towards Russia is giving rise to popular unrest. – In Austria, the required amount of fiscal consolidation is defined at € 18.44 billion, with an additional € 5.8 billion possibly being required for support to banks in distress. The Fiscal Council warns that consolidation achieved so far may fall short of medium-term fiscal targets. The new Federal government continues to adhere to a broadly balanced budget to be achieved by 2016. Measures foreseen by the Coalition Agreement will only be implemented if covered by the budgets of the respective ministries. The multiband auction raises over € 2 billion for the Federal budget.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, Arsenal, Objekt 20, 1030 Wien, Angelina.Keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. Dezember 2013

Begutachtung: Christian Glocker

1. Ausland

1. Oktober: Der Kongress der USA kann sich nicht auf ein Notbudget einigen. Die Folge ist ein "Government Shut-down": 800.000 öffentlich Bedienstete müssen unbezahlten Urlaub nehmen, 2 Mio. Staatsangestellte mit zentralen Funktionen arbeiten vorläufig unbezahlt; Angestellte der Streitkräfte und der Küstenwache werden ohne Unterbrechung entlohnt. Der Anteil der Staatsangestellten an der Gesamtbeschäftigung liegt bei 2%, stark konzentriert auf den Großraum Washington. Nach Schätzungen entsteht der Wirtschaft der USA täglich ein Schaden von 300 bis 550 Mio. \$. Ausstehende Rechnungen könnten vom Finanzministerium noch bis 17. Oktober 2013 beglichen werden.

USA: Government Shut-down

14. Oktober: Die schwedische Reichsbank verleiht Eugene F. Fama, Lars Peter Hansen und Robert J. Shiller für die empirische Analyse von Kapitalmarktpreisen den Wirtschaftspreis in Gedenken an Alfred Nobel. Nach den Erkenntnissen der drei Ökonomen ist die kurzfristige Entwicklung der Preise kaum, langfristig (3 bis 5 Jahre) jedoch prognostizierbar.

Wirtschafts-"Nobelpreis"

EU: einheitliche europäische Bankenaufsicht

15. Oktober: Der Rat "Wirtschaft und Finanzen" (Ecofin) stimmt den rechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung der zentralen, bei der EZB angesiedelten Bankenaufsicht (Single Supervisory Mechanism – SSM)¹⁾ zu. Die einheitliche europäische Bankenaufsicht wird im November 2014 ihre Tätigkeit aufnehmen.

USA: Notbudget

16. Oktober: Das Repräsentantenhaus und der Senat der USA einigen sich auf ein Notbudget, das am 15. Jänner 2014 ausläuft, sowie auf die Anhebung der Schuldenobergrenze bis zum 7. Februar 2014. Der Shut-down und die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit des Staates sind damit beendet. Eine Kommission aus Mitgliedern beider Kongresskammern wird bis Mitte Dezember Vorschläge zur Bekämpfung des Defizits und eine Steuerreform ausarbeiten.

Nach einem Bericht des Congressional Research Service hat der Shut-down das Wirtschaftswachstum pro Woche um mindestens 0,1 Prozentpunkt gedämpft (IV. Quartal kumuliert –0,6 Prozentpunkte).

Italien: Konjunkturpaket

17. Oktober: Als Reaktion auf die seit 2011 andauernde Rezession in Italien kündigt die Regierung ein Konjunkturpaket für die nächsten 3 Jahre im Ausmaß von 27,3 Mrd. € an. Die Abgabenlast soll über eine Senkung der Einkommen- und der Gewerbesteuer verringert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Ostsibirien: Erdöl- und Erdgasförderung

20. Oktober: Der russische staatliche Mineralölkonzern Rosneft gründet mit dem chinesischen staatlichen Konzern China National Petroleum Corporation (CNPC) einen gemeinsamen Konzern, um in Ostsibirien Erdöl- und Erdgasfelder zu betreiben. Die verfügbaren Vorkommen werden auf 134 Mio. t Erdöl und 155 Mrd. m³ Erdgas geschätzt. Transportmöglichkeiten bietet die nahegelegene Eastern Siberia–Pacific Ocean Oil Pipeline (ESPO).

EU: Europäischer Rat

24.-25. Oktober: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates planen die Teilnehmer, den digitalen Binnenmarkt bis 2015 zu vollenden. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln, die Dringlichkeit der Vollendung der Bankenunion und die verstärkte wirtschaftspolitische Koordination sowie die Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion werden angesprochen. Dominiert wird die Diskussion durch die Abhöraffaire europäischer Staats- und Ministerpräsidenten durch die National Security Agency (NSA) der USA sowie durch die Migrationsströme angesichts der jüngsten Flüchtlingswelle vor der italienischen Insel Lampedusa. Der Rat sieht dem Gipfeltreffen im November über die "Östliche Partnerschaft" erwartungsvoll entgegen.

Spanien: Rating

1. November: Die Ratingagentur Fitch hebt das Rating der Bonität Spaniens von "negativ" auf "stabil" an.

Mexiko: Junk-Food-Steuer

3. November: Mexiko führt eine Junk-Food-Steuer auf Lebensmittel ab einem Kaloriengehalt von 275 Kcal je 100 g ein.

Ostasien: Taifun

3.-11. November: Einer der stärksten je aufgezeichneten Wirbelstürme, der Taifun Haiyan, trifft mit bis zu 315 km/h die zentralphilippinische Inselgruppe, Teile Chinas und Vietnam. 6.000 Tote und Schäden im Ausmaß von 1,5 Mrd. \$ sind zu beklagen.

Ungarn: Fremdwährungskredite

5. November: Das ungarische Parlament verabschiedet ein Gesetz, das einen vorgegebenen Wechselkurs von 250 Forint je Euro und 180 Forint je Schweizer Franken für Fremdwährungskredite vorsieht. Die Erweiterung der Anspruchsberechtigten dieser Maßnahme soll die Kreditnehmer von vornehmlich Hypothekarkrediten entlasten. Die Aussetzung von Zwangsrumen wird bis April 2014 verlängert²⁾.

EZB: Zinssatzsenkung

7. November: Die Europäische Zentralbank senkt mit Wirkung vom 13. November den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 0,25% und jenen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,75%. Der Zinssatz für die Einlagefazilität bleibt bei 0%.

Frankreich: Rating

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(10), S. 827, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46975>.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2013, 86(10), S. 826, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/46975>.

8. November: Standard & Poor's verringert die Kreditwürdigkeit von Frankreich auf AA und setzt die Aussicht für das Land auf stabil.

11. November: Die 19. UNO-Klimakonferenz findet in Warschau statt. Unter dem Eindruck der schweren Schäden durch den Wirbelsturm Haiyan wollen zahlreiche Teilnehmer Schritte gegen den Klimawandel unternehmen³⁾. Die USA plädieren für eine nationale Selbstverpflichtung zu Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und für ein flexibles Klimaregime. Russland und die Ukraine verlangen eine Straffung der Entscheidungsprozesse der Klimakonferenz, erhöhte Transparenz und verlässlichere Verhandlungsführung. Bis zur nächsten Klimakonferenz in Lima 2014 soll ein Vertragsentwurf erarbeitet werden, der in Paris 2015 unterzeichnet werden und 2020 in Kraft treten soll.

14. November: Irland und Spanien benötigen keine Mittel mehr aus den EU-Hilfsprogrammen. Irland erhielt seit 2010 Hilfskredite der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität EFSF und des Internationalen Währungsfonds IWF im Umfang von 67,5 Mrd. €. Die Sanierung des spanischen Bankensystems wurde mit Krediten im Ausmaß von 41 Mrd. € aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM unterstützt.

15. November: Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordination und Überwachung beurteilt die Europäische Kommission erstmals die Haushaltspläne der Euro-Länder, bevor diese vom nationalen Parlament verabschiedet werden. Für Finnland, Italien, Luxemburg, Malta und Spanien sieht die Kommission Risiken, dass die Vorgaben verfehlt werden. Belgien, Österreich und die Slowakei entsprechen weitgehend den Vorgaben. Frankreich, die Niederlande und Slowenien entsprechen den Vorgaben, weisen aber keine Marge auf. Allein Deutschland und Estland entsprechen vollständig den Vorgaben. Griechenland, Irland, Portugal und Zypern werden im Rahmen der Hilfsprogramme gesondert geprüft.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas beschließt, die seit 1980 geltende Einkind-Regelung zu lockern und eine liberalere Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. Weitere Freihandelszonen, eine Fortsetzung der Zinsreform und Reformen des Finanzsektors sind geplant.

19. November: Die Großbank J.P. Morgan Chase (USA) stimmt einer Vergleichszahlung von 13 Mrd. \$ als Wiedergutmachung wegen Falschdarstellung von Risiken gegenüber der Öffentlichkeit und den Investoren zu. Im Gegenzug stellt die Justiz eine Reihe von zivilrechtlichen Ermittlungen und Verfahren ein. 4 Mrd. \$ aus dieser Summe gehen an die staatliche Immobilienbehörde Federal Housing Finance Agency, 9 Mrd. \$ an die zum Teil verstaatlichten Hypothekarbanken Fannie Mae und Freddie Mac zur Entlastung der in Zahlungsnot geratenen Hausbesitzer.

Das Europäische Parlament stimmt dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 zu.

24. November: Die UNO-Vetomächte und Deutschland vereinbaren ein sechsmonatiges Übergangsabkommen zur Regelung des iranischen Atomprogrammes. Im Gegenzug verpflichten sich die Vertragsländer, keine weiteren wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Iran zu verhängen. Importe von Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern werden erleichtert, Sanktionen für den Handel mit Gold, Edelmetallen, dem Automobilsektor und petrochemischen Produkten werden ausgesetzt. Im Ausland eingefrorene Gelder aus dem Rohölverkauf des Iran im Umfang von 4,2 Mrd. \$ werden schrittweise freigegeben. Die ersten Sanktionen gegen den Iran wurden 1979 als Reaktion auf die "Geiselkrise" verhängt (Geiselnahme in der Botschaft der USA in Teheran).

28.-29. November: Entgegen den Erwartungen der EU scheitert anlässlich des dritten Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft ein Freihandels- und Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine an der Weigerung der Ukraine. Die EU bestä-

UNO-Klimakonferenz

Irland, Spanien:
EU-Hilfsprogramme

EU: wirtschaftspolitische
Koordination und
Überwachung

China: Lockerung

USA: J.P. Morgan Chase

EU: Mehrjähriger
Finanzrahmen

UNO: Iran

Östliche Partnerschaft

³⁾ Der Weltklimarat stellt in seinem aktuellen Bericht fest, dass der Einfluss des Menschen auf tropische Wirbelstürme schwer nachzuweisen ist.

tigt ihre Bereitschaft, das Abkommen zu unterzeichnen. Mit der Republik Moldau und Georgien wird ein Assoziations- und Freihandelsabkommen geschlossen.

Griechenland: Rating

30. November: Nachdem die Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch die Kreditwürdigkeit Griechenlands besser benotet haben, verbessert auch Moody's die Benotung des Landes von C auf Caa3.

Europäische Börsenaufsicht: Ratingagenturen

2. Dezember: Die Europäische Börsenaufsicht (ESMA) kritisiert die Ratingagenturen. In einem Bericht werden die Agenturen als zu langsam beurteilt, die interne Kontrolle als mangelhaft und die Zeit zwischen der Beurteilung und deren Veröffentlichung als zu lange beschrieben. Eine Verbesserung werden der ab 2014 gültige strenge Veröffentlichungskalender und die Regelung bringen, dass die Benotungen jeweils am Freitag nach Börsenschluss erfolgen müssen.

USA: Detroit

3. Dezember: Über die mit 18 Mrd. \$ verschuldete Stadt Detroit (USA) wird das Insolvenzverfahren eröffnet. 38% der Steuereinnahmen fließen in den Schuldendienst. Die Einwohnerzahl Detroits sank von 1,8 Mio. in den 1950er-Jahren auf unter 700.000.

EU: Zinsabsprachen

4. Dezember: Die Europäische Kommission verhängt wegen Absprachen zwischen sechs Banken über die Zinssätze Libor und Euribor eine Geldstrafe von 1,71 Mrd. €. Betroffen sind die Deutsche Bank (Strafe: 725 Mio. €), die Société Générale, die Royal Bank of Scotland sowie die Banken Citigroup, J.P. Morgan Chase und RP Martin.

WTO: Freihandelsabkommen

7. Dezember: Die 159 Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation WTO einigen sich auf das erste weitreichende multilaterale Freihandelsabkommen seit Gründung der Organisation. Das in Bali verhandelte Paket umfasst einen Abbau von Handelschranken und Agrarsubventionen und regelt einen besseren Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrie- und Schwellenländer. Der Abbau von bürokratischen Handelshemmnissen soll den internationalen Handel fördern. Die WTO rechnet mit Kosteneinsparungen für Unternehmen durch die Vereinfachung der Zollabwicklung von bis 15% und mit Wachstumsimpulsen von bis zu 1 Bio. \$. Vorwiegend in den Entwicklungsländern könnten bis zu 21 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden.

Slowenien: Stresstest

12. Dezember: Ein Stresstest der slowenischen Banken ergibt eine Kapitallücke von 4,78 Mrd. €; die staatlichen Banken weisen eine Lücke von 3 Mrd. € auf. Slowenien wird die Rekapitalisierung ohne Zuhilfenahme des Euro-Rettungsschirmes vollziehen.

Deutschland: Bundesregierung

17. Dezember: Angela Merkel wird zum dritten Mal als deutsche Bundeskanzlerin angelobt. Nach der Bundestagswahl am 22. September wurde am 16. Dezember der Koalitionsvertrag⁴⁾ zwischen CDU, CSU und SPD unterzeichnet. Ab 2015 wird ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,5 € festgelegt, der über 5,6 Mio. Beschäftigte betrifft. Tarifverträge, die eine niedrigere Entlohnung vorsehen, gelten noch bis 31. Dezember 2016. Der Anteil des Ökostromes, der ins Netz fließt, wird gedeckelt (bis 2025 höchstens 45%, bis 2035 höchstens 60%), am Ausstieg aus der Atomkraftnutzung 2022 wird festgehalten. Zur Finanzierung des deutschen Autobahnnetzes ist neben der Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen auch eine Vignette für nicht in Deutschland zugelassene Pkw vorgesehen.

Russisch-ukrainische zwischenstaatliche Kommission

Anlässlich einer Sitzung der russisch-ukrainischen zwischenstaatlichen Kommission sichert der russische Präsident Putin dem ukrainischen Präsidenten Janukowitsch den Ankauf von ukrainischen Staatsanleihen im Ausmaß von 15 Mrd. \$ zu; Russland wird den Preis der Erdgaslieferungen temporär um ein Drittel senken. Die akute Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Ukraine kann damit abgewendet werden. Die Erdgaspreise für Privathaushalte werden seit vielen Jahren subventioniert. Der IWF forderte für den Abschluss eines weiteren Beistandsabkommens die Aufhebung der Subvention des Erdgastarifes und die Freigabe des an den Dollar gebundenen Wechselkurses.

⁴⁾ Deutschland neu gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Berlin, 2013, <http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/38187>.

18. Dezember: Die Finanzminister der EU einigen sich auf einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus für in Schwierigkeiten geratene Banken. Der Single Resolution Mechanism (SRM) ist für Euro-Länder obligatorisch, für alle anderen EU-Länder optional und ermöglicht eine geordnete Schließung einer Bank, ohne die Steuerpflichtigen zu belasten. Ein neugeschaffenes Board ist für die Umsetzung der Abwicklung zuständig. Dem Abwicklungsmechanismus unterstehen im Bedarfsfall 128 der größten Banken, die von der EZB direkt überwacht werden, alle grenzüberschreitend tätigen Banken sowie jene Banken, die den Single Resolution Fund (SRF) beanspruchen. Der Fonds wird in den nächsten 10 Jahren über eine Bankenabgabe mit 55 Mrd. € dotiert werden und soll herangezogen werden, wenn Aktionäre, Gläubiger und Großeinleger einer Bank die Abwicklungskosten nicht decken.

EU: Abwicklungsmechanismus

Die Notenbank der USA kündigt an, ab Jänner 2014 die Ankäufe von Anleihen monatlich um 10 Mrd. \$ zu verringern. Die Käufe von Staatsanleihen werden von 45 auf 40 Mrd. \$, die Käufe von Immobilienpapieren von 40 auf 35 Mrd. \$ sinken. Während der Wirtschaftskrise stieg der Bestand an langfristigen Wertpapieren von 800 Mrd. \$ auf 4 Bio. \$. Die Notenbank wird die Leitzinssätze noch längere Zeit bei 0% halten.

USA: Anleihenkäufe

Zum vierten Mal setzt ein Urteil des Verfassungsgerichtes Sparmaßnahmen der portugiesischen Regierung außer Kraft. Das Gericht spricht sich gegen die Kürzung von Pensionen früherer Staatsangestellter aus, da dies das Vertrauensprinzip verletzen würde. Die Einsparungen hätten 10% des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte ausgemacht.

Portugal: Sparprogramm

19. Dezember: Standard & Poor's setzen das langfristige Rating der EU von AAA auf AA+ herab.

EU: Rating

19.-20. Dezember: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates begrüßt dieser die Ergebnisse des Ecofin-Rates zu einem einheitlichen Abwicklungsmechanismus von Banken als wichtige Etappe auf dem Weg zu einer Bankenunion. Eine Partnerschaft für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit soll zu einer besseren Koordination wirtschaftspolitischer Maßnahmen beitragen, um ökonomische Schwachstellen frühzeitig aufzuzeigen und rechtzeitig zu beseitigen. Das System wäre in das Europäische Semester eingebettet. Die Mitgliedsländer müssten eine Vereinbarungen schließen, gegebenenfalls Unterstützung leisten und somit zu Investitionen in wachstums- und beschäftigungsfördernde Politik beitragen.

EU: Europäischer Rat

29. Dezember: Der Präsident der USA unterzeichnet das Budget für 2014/15. Der zweijährige Rahmenplan für den Haushalt legt Ausgaben von 1,1 Bio. \$ fest. Mehreinnahmen sollen durch Gebührenerhöhungen und geringfügige Kürzung von Pensionen erzielt werden. Über die Anhebung der Schuldenobergrenze wird keine Einigung erzielt.

USA: Budget 2014/15

2. Österreich

21. Oktober: Die Republik Österreich erzielt aus der Multiband-Auktion Einnahmen von 2,014 Mrd. €. Für die Frequenzbänder 800 MHz, 900 MHz, 1.800 MHz zahlen die Telekom Austria (A1) 1,03 Mrd. €, T-Mobile 654 Mio. € und Hutchison ("3") 330 Mio. €.

Multiband-Auktion

13. November: Für die Legislaturperiode 2014/2018 wird ein struktureller Konsolidierungsbedarf von kumuliert 18,44 Mrd. € ermittelt, wenn der im April 2013 im Stabilitätsprogramm an die EU gemeldete Pfad für den strukturellen Saldo eingehalten werden soll. Zudem wird mit einem Aufwand von mindestens 5,8 Mrd. € (kumuliert 2014/2018) an Zuschüssen an die (teilweise) notverstaatlichten Banken (Hypo Alpe-Adria-Bank AG, Kommunalkredit Austria AG, Österreichische Volksbanken-AG) gerechnet, die für das Maastricht-Defizit wirksam sind und im mittelfristigen Finanzrahmen bislang nicht berücksichtigt wurden.

Konsolidierungsbedarf

10. Dezember: In seiner Sitzung bezeichnet der Fiskalrat die aktuelle Budgetentwicklung in Österreich trotz Zusatzausgaben mit einem voraussichtlichen Maastricht-Defizit im Jahr 2013 von 2,3% des BIP als erfreulich. Der bisherige Konsolidierungserfolg werde jedoch für die Erfüllung des mittelfristigen Budgetzieles nicht ausreichen.

Fiskalrat

16. Dezember: Die neue österreichische Bundesregierung wird angelobt:

Bundesregierung

- Werner Faymann, Bundeskanzler,
- Dr. Michael Spindelegger, Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen,
- Dr. Josef Ostermayer, Kanzleramtsminister (nach Änderung des Bundesministeriengesetzes mit den Aufgaben Kunst und Kultur betraut),
- Sebastian Kurz, Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten,
- Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz,
- Gabriele Heinisch-Hosek, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur,
- Alois Stöger, Bundesminister für Gesundheit,
- Mag. Johanna Mikl-Leitner, Bundesministerin für Inneres,
- Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Brandstetter, Bundesminister für Justiz,
- Dipl.-Ing. Andrä Rupprechter, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
- Mag. Gerald Klug, Bundesminister für Landesverteidigung und Sport,
- Doris Bures, Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie,
- Dr. Reinhold Mitterlehner, Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend,
- MMag. Dr. Sophie Karmasin, Bundesministerin ohne Portefeuille im Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (nach Änderung des Bundesministeriengesetzes mit den Aufgaben Familie und Jugend betraut).

Regierungsprogramm

Das Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung⁵⁾ umfasst acht Themenbereiche:

- Wachstum und Beschäftigung für Österreich,
- Österreich fit für die Zukunft machen,
- Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur, Frauen,
- Länger gesund leben und arbeiten,
- Österreich in Europa und der Welt,
- Sicherheit und Rechtsstaat,
- Staatsreform und Demokratie,
- Finanzen.

Die Regierung hält an einem strukturell nahezu ausgeglichenen Haushalt, d. h. einem strukturellen Defizit von höchstens 0,5% des BIP im Jahr 2016 und von höchstens 0,45% des BIP (Schuldenbremse) ab 2017 sowie einer Senkung der Schuldenquote fest. Gemäß einem Finanzierungsvorbehalt werden alle im Regierungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen nur realisiert, sofern eine Bedeckung des Budgets des jeweiligen Ressorts zur Verfügung steht. Der Finanzierungsvorbehalt gilt auch für eine Steuerreform, die nicht vor 2016, aber vor 2018 umgesetzt werden soll; Eckpunkte einer Steuerreform sollen die Senkung des Eingangsteuersatzes auf 25% sowie Maßnahmen zur Entlastung von Familien sein. Zur Konkretisierung der Maßnahmen soll im BMF bis Ende Jänner 2014 eine Arbeitsgruppe zur Harmonisierung und Steuervereinfachung eingerichtet werden, bestehend aus Experten und Expertinnen der Sozialpartner, Selbstverwaltungskörper, Wissenschaft und Regierungsparteien.

Steuerpaket

Zur Deckung eines Teiles des zusätzlichen Konsolidierungsbedarfes wird ein Steuerpaket angekündigt, das folgende Maßnahmen umfasst:

- Wiedereinführung der Sektsteuer, Erhöhung der Tabaksteuer, der Alkoholsteuer, der Normverbrauchsabgabe (NoVA) beim Autokauf sowie der motorbezogenen Versicherungssteuer,

⁵⁾ Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013–2018, Wien, 2013, <http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/RSN38170.pdf>.

- unbefristete Verlängerung der bisher bis 2016 befristeten Einschränkung der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14 Monatsgehaltes für hohe Einkommen (Solidarbeitrag),
- Umbasierung der Bankenabgabe und Erhöhung der Zusatzabgabe,
- Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung im Inland.

Verschiedene Steuerausnahmen für Unternehmen werden eingeschränkt: die steuerliche Absetzbarkeit von Manager-Jahresgehältern wird auf 500.000 € beschränkt; die Steuerbegünstigung von Abfindungszahlungen zum frühzeitigen freiwilligen Ausscheiden von Beschäftigten ("Golden Handshake") werden abgeschafft; der Gewinnfreibetrag für Unternehmer auf Realinvestitionen wird verringert; die Gruppenbesteuerung (räumliche Beschränkung auf EU- bzw. EWR-Länder und Länder, mit denen Österreich ein Doppelbesteuerungsabkommen unterhält) wird eingeschränkt, die Firmenwertabschreibung für Neuanschaffungen wird abgeschafft, Abzugsfähigkeit von ausländischen Verlusten auf 75% des österreichischen Gewinns begrenzt, der Abzug von Zins- und Lizenzgebührrzahlungen wird zur Vermeidung von Gewinnverschiebung in Steueroasen verboten.

Durch die Einsparung von Ermessensausgaben, eine restriktive Personalpolitik der Gebietskörperschaften sowie eine Förderreform sollen die Ausgaben konsolidiert werden. Gleichzeitig wird an der vor der Nationalratswahl angekündigten Erhöhung der Familienbeihilfe festgehalten.

Der geltende Finanzausgleich wird um zwei Jahre – bis Ende 2016 – verlängert.

Im Regierungsprogramm wird auch die Einsetzung verschiedener Reformkommissionen zu folgenden Themen angekündigt:

- Abbau von Doppelgleisigkeiten zwischen und innerhalb von Gebietskörperschaften (Gebietskörperschaftsübergreifende Reformgruppe, Ergebnisse bis Ende 2014),
- Förderreform (Vorschlag des BMF mit dem Ziel, Doppel- und Mehrgleisigkeiten zu beseitigen, die Finanzausgleichspartner müssen Ziel, Maßnahmen und Ertrag definieren; jährliche Evaluierung, Ergebnisse 31. März 2014),
- Arbeitsgruppe im BMF zur Harmonisierung und Steuervereinfachung (Einrichtung bis Ende Jänner 2014), bestehend aus Experten und Expertinnen der Sozialpartner, Selbstverwaltungskörper, Wissenschaft, Regierungsparteien; Arbeitsthemen: Senkung des Eingangsteuersatz auf 25%, Entlastung von Familien, Angleichung der Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge und Einkommensteuer (legistische Umsetzung bis Ende 2015).
- Arbeitsgruppe aus Vertretern und Vertreterinnen von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden: Vorschlag für neues FAG (Ergebnisse bis Ende 2015); Arbeitsthemen: Stabilitätspakt, Transparenz der Finanzströme, aufgabenadäquate Mittelausstattung, Doppelgleisigkeiten.

17. Dezember: Der Nationalrat beschließt ein neues Lehrerdienstrecht, das 2019/20 wirksam wird. Es sieht eine Erhöhung der Anfangsgehälter und eine Abflachung der Gehaltskurve vor und regelt die Lehrverpflichtung neu. Diese beträgt 24 Stunden, bei Übernahme von Zusatz Tätigkeiten (Schularbeitsfächer der Oberstufe, Tätigkeit als Mentoren, Kustoden oder Beratungslehrer) kann diese Verpflichtung auf 20 Stunden gesenkt werden. Ab 2029 sollen nur noch Absolventen und Absolventinnen eines Masterstudiums unterrichten. Während einer Übergangszeit müssen sich Bachelors verpflichten, das Master-Studium innerhalb von 5 Jahren zu absolvieren.

Lehrerdienstrecht